

► Allgemeines

Wohlfahrtsmarken. Im Dezember 2007 startete eine neue Serie von Wohlfahrtsmarken. Mit ihnen können Bürgerinnen und Bürger viele kleine Zeichen für eine große Hilfe setzen. In den vergangenen 60 Jahren sind durch den Zuschlagswert auf 550 Mio. Briefmarken rund vier Mrd. Euro zusammengekommen, die die Wohlfahrtsverbände für ihre Soziale Arbeit haben einsetzen können. In Zeiten, in denen öffentliche Zuschüsse gekürzt werden, sind diese freien Mittel besonders wichtig. Das Prinzip der Wohlfahrtsmarken ist einfach und bewährt. Die 55-Cent-Marke für den normalen Brief kostet beispielsweise 80 Cent. Der Zuschlag von 25 Cent geht an die Wohlfahrtsverbände. Bei der 45-Cent-Marke für die Postkarte kommen 20 Cent dazu. Die Marken gibt es in allen Postfilialen oder sie können über das Internet bestellt werden unter www.caritas-wohlfahrtsmarken.de. *Quelle: Presse DiCV Münster vom Dezember 2007*

Gender Mainstreaming in Sachsen. Die Staatsregierung des Freistaates Sachsen hat beschlossen, den Einführungsprozess von Gender Mainstreaming in den obersten Landesbehörden fortzusetzen. „Es geht darum, dass die Beschäftigten der Landesverwaltung ihr Denken und Handeln auch auf die Gleichstellung ausrichten“, äußerte Gleichstellungsministerin Helma Orosz. Dies gelte insbesondere bei der Erarbeitung von Gesetzen, Programmen, Forschungsprojekten, Fördermaßnahmen und verwaltungsinternen Vorschriften. Außerdem sollen nach den Worten der Ministerin die Berichte und Statistiken der Staatsregierung geschlechterdifferenziert dargestellt und eine geschlechtergerechte Sprache angewendet werden. Im März 2005 hatte das Kabinett die Einführung von Gender Mainstreaming in den obersten Landesbehörden beschlossen und damit den Paradigmenwechsel in der Gleichstellungspolitik des Freistaates eingeleitet. Entsprechend sollten nicht nur Gleichstellungsbeauftragte und -stellen für Geschlechterthemen zuständig sein, sondern alle Fachleute, die an der Planung, Durchführung und Evaluierung von Vorhaben und Maßnahmen beteiligt sind. Insgesamt 24 Pilotprojekte hat die Sächsische Staatsregierung in der Zwischenzeit auf den Weg gebracht. Als Beispiele nannte die Ministerin das Modellprojekt „Gendermainstreaming in Krankenhäusern vor dem Hintergrund drohenden Ärztemangels“ und die „Geschlechtergerechte Optimierung des Lebenslagenportals Amt 24“ (www.amt24.sachsen.de). *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 187/07*

Der Dritte Sektor: Wege zur Stabilisierung und Unterstützung der beschäftigungspolitischen Potenziale von Not-for-Profit-Organisationen. Dokumentation einer Internationalen Fachtagung. Von Lars Kamp und anderen. zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V. Selbstverlag. Göttingen 2005, 150 S., kostenlos, *DZfD-8159*

Diese Broschüre dokumentiert Vorträge und Diskussionen im Rahmen der oben genannten Fachtagung. Eingangs werden verschiedene theoretische und empirische Zugänge beschrieben, wie unter anderem die Ergebnisse des „Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Projekts“, einer Vergleichsstudie zum Dritten Sektor, die diesen erstmals zahlenmäßig erfasst und damit als gesellschaftlich relevanten Faktor sichtbar gemacht hat. Im Besonderen geht es um die Rolle des Dritten Sektors für die zukünftige Gestaltung von Arbeit und um seine Gefährdung durch restriktive Beschäftigungspolitik. In diesem Zusammenhang werden wirksame Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung dieses Sektors vorgestellt, wie zum Beispiel die italienische Sozialgenossenschaft oder die „lokalen kooperativen Entwicklungszentren“ in Schweden, deren Aufgabe es ist, Not-for-Profit-Organisationen zu unterstützen. Die Broschüre schließt mit einer Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen gegenseitigen Lernens im internationalen Austausch. Bestelladresse: zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V., Theaterstraße 8, 37073 Göttingen, Tel.: 05 51-50 84 50, Fax: 05 51-508 45 21, E-Mail: info@instrumentsandeffects.de

Engagementprojekte im Gemeinwesen. Im September 2007 wechselten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 64 Unternehmen in vier Städten jeweils einen Tag lang die Seiten und engagierten sich gemeinsam vor Ort in sozialen Einrichtungen und Initiativen. Organisiert und begleitet wurden die Aktivtage von Partnern aus dem UPJ-Netzwerk (Unternehmen Partner der Jugend). Auftaktveranstaltung war der von der UPJ-Bundesinitiative begleitete Aktivtag „Brücken Bauen – Unternehmen engagieren sich“ in Braunschweig und Salzgitter. Unter dem Motto „MUMM! – Mainzer Unternehmen machen mit!“ engagierten sich in Mainz zum ersten Mal Arbeitnehmende aus Unternehmen aller Größen für einen Arbeitstag nicht in ihren üblichen Jobs, sondern in für sie neuen Lebens- und Arbeitswelten. Die Idee zu den Aktivtagen stammt aus Wiesbaden, wo im Juni 2007 unter der Leitung des UPJ-Servicebüros Wiesbaden bereits zum dritten Mal der Unternehmensaktivtag stattgefunden hat. Weitere Informationen: www.upj-online.de/index/93531. *Quelle: UPJ Infodienst 1/2008*

► Soziales

Förderung der Insolvenzberatung. Der Freistaat Bayern trägt dem steigenden Bedarf an Insolvenzberatungen Rechnung und baut seine Leistungen für diese Beratung weiter aus. In diesem Jahr wird die Landesregierung – die Zustimmung des Bayerischen Landtags vorausgesetzt – die Mittel zur Finanzierung der Insolvenzberatungsstellen verdoppeln und 3,8 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Der Haushaltsansatz für die Förderung der Insolvenzberatung stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an, von 1,6 Mio. Euro im Jahr 2004 auf 1,7 Mio. Euro in den Jahren 2005 und 2006 und schließlich auf 1,9 Mio. Euro im Jahr 2007. Nach dem SchuldnerAtlas 2007 weist Bayern mit 7,8 % bundesweit die niedrigste Schuldnerquote auf; die Zahl der überschuldeten Personen ist in den letzten Jahren jedoch stark gestiegen, von 720 000 im Jahr 2004 auf 790 000 im Jahr 2007. Die Anträge auf Restschuldbefreiung sind von 480 im Jahr 1999 auf fast 10 000 im Jahr 2006 angestiegen. Hinter diesen Zahlen stecken viele Einzelschicksale. Die

Insolvenzberatungsstellen leisten hier unverzichtbare Hilfe. Sie ermöglichen den in Not geratenen Personen wieder eine optimistische Perspektive und aktive Lebensplanung, indem sie zu einem wirtschaftlichen Neubeginn verhelfen“, erklärte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 666.07*

73-jährige Frau darf Förderstätte besuchen. Eine im Jahr 1934 geborene, geistig behinderte Frau besucht eine Tagesförderstätte im Rahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Der Sozialhilfeträger hatte eine weitere Kostenübernahme mit der Begründung abgelehnt, dass das Arbeitsleben spätestens mit dem Erreichen des 65. Lebensjahres ende und dies auch für eine Beschäftigung in einer Tagesförderstätte gelte. Das Verwaltungsgericht Hamburg widersprach dieser Auffassung und verurteilte den Sozialhilfeträger zur weiteren Kostenübernahme. Beim Besuch einer Tagesförderstätte gehe es vorrangig nicht um die Teilhabe am Arbeitsleben, sondern um Eingliederungshilfe im Rahmen der sozialen Rehabilitation, die altersunabhängig zu gewähren sei. Wenn Eingliederungshilfeleistungen notwendig sind, seien diese auch im Alter, im Bedarfsfall lebenslang, zu leisten. *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 4/2007*

Stiftung ProAlter. Unter dem Motto „Das hilfreiche Alter hilfreicher machen“ will die neu gegründete Stiftung „ProAlter – für Selbstbestimmung und Lebensqualität“ dazu beitragen, die drohenden Folgen der demographischen Entwicklung abzumildern, indem das freiwillige Engagement älterer Menschen für Hilfe- und Pflegebedürftige Betroffene gefördert wird. Die Stiftung will Projekte, Initiativen und Netzwerke unterstützen, die es sich zur Aufgabe machen, die Lebensqualität und Selbstbestimmung älterer Menschen zu erhöhen. Gerade diese gesellschaftliche Gruppe sollte als wertvolle Ressource wahrgenommen werden, die das Zusammenleben aller bereichert. Das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) hat für diese Aufgabe eine Mio. Euro als Stiftungskapital eingebracht. Weitere Informationen: www.kda.de. *Quelle: Info der Bank für Sozialwirtschaft 12/07*

Studierende haben keinen Anspruch auf ALG II. Diese Regelung der Hartz-IV-Gesetze ist im September 2007 vom Bundessozialgericht (BSG) in Kassel gebilligt worden. Es wies die Klage eines Münchner Studenten ab, dem wegen eines Studienfachwechsels die Ausbildungsförderung (BAföG) gestrichen worden war. Als er daraufhin Arbeitslosengeld II beantragte, hatte er ebenfalls eine Ablehnung erhalten – zu Recht, wie das BSG befand. Wer eine BAföG-fähige Ausbildung absolviert, sei laut Gesetz von den Hartz-IV-Leistungen ausgeschlossen. „Dabei kommt es nur auf die abstrakte Förderungsfähigkeit an“, so der Senat. Es spiele keine Rolle, ob Studierende oder Auszubildende auch tatsächlich BAföG beziehen (Az.: B14/7b AS 36/06 R). *Quelle: Zivildienst 11-12/2007*

Wohnen im Alter. Wer an die eigene Zukunft denkt, stellt sich auch die Frage nach dem Ort, an dem er oder sie wohnen möchte. Die barrierefreie Modernisierung der eigenen Wohnung, betreutes Wohnen in einer Hausgemeinschaft oder genossenschaftlich im Mehrgenerationenhaus – die

Möglichkeiten sind inzwischen vielfältig. Wer seine Zukunft plant, braucht einen Überblick. Als erstes Onlineangebot dieser Art bündelt das neu gegründete Portal www.wohnforum-plus.de das Thema „Wohnen im Alter“, um in den Bereichen Wohnen, Pflege sowie Handwerker und Dienstleistende Aufklärungsarbeit zu leisten. *Quelle: AWO Magazin 1.2008*

► Gesundheit

Behinderung in jüdischen Familien. Im Jahr 2005 startete die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) ein Projekt zur Integration jüdischer Menschen mit Behinderung. In einer Erhebung wurde festgestellt, dass sich jüdische Familien mit einem psychisch oder geistig behinderten Mitglied bislang – auch innerhalb ihrer Gemeinden – mit ihren Sorgen und Problemen allein gelassen fühlten. Mitunter fehlt den meist aus der ehemaligen Sowjetunion zugewanderten Familien der Überblick über die vielen Unterstützungsangebote in Deutschland, teilweise hindert sie ihre Kultur daran, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dem ZWST-Integrationsprojekt ist es durch regionale und überregionale Veranstaltungen in weniger als drei Jahren gelungen, in mehreren Gemeinden Selbsthilfestrukturen aufzubauen. Dabei ist die Idee einer jüdisch geprägten Wohnform für Menschen mit Behinderung entstanden. Sie soll neben einer koscheren Lebensführung und einer Anbindung an die Gemeinde auch den engen Kontakt zwischen Angehörigen und Bewohnern ermöglichen. In Frankfurt am Main ist geplant, in diesem Jahr ein erstes Wohnprojekt dieser Art anzubieten. *Quelle: Menschen – Das Magazin 1.2008*

„Wir Indianer kennen keinen Schmerz!“ Gesundheitsförderung in der Jugendarbeit verankern. Hrsg. Landschaftsverband Rheinland. Selbstverlag. Köln 2006, 122 S., EUR 5,- *DZI-D-8098*

Diese Schrift für die Praxis der Jugendarbeit enthält schriftliche Fassungen von Vorträgen einer Fachkonferenz. Wichtige Impulse für die Jugendarbeit gaben die Schulstudien PISA und IGLU, aber auch die aktuelle Shell-Jugendstudie, die deutliche Bildungsunterschiede zwischen Mädchen und Jungen benennen – zuungunsten der Jungen. So enthält ein Beitrag der Konferenz die Forderung, dass sowohl im Gesundheitsbereich als auch bei der allgemeinen Entwicklungs- und Bildungsförderung gezielt Programme für männliche Jugendliche aufgelegt werden müssen, vor allem für diejenigen, die wegen ihres sozialen Hintergrunds Nachteile erleiden. Im Weiteren werden verschiedene Modelle zur Gesundheitsförderung von Jungen beschrieben, zum Beispiel Projekte mit Bezug auf Sport und Ernährung. Die Dokumentation bietet aktuelle Anregungen für alle, die Arbeitsweisen von Jugendarbeit kennenlernen oder selbst in diesem Feld arbeiten wollen. Bestellanschrift: Landschaftsverband Rheinland, Dez. 4 - Schulen, Jugend, 50663 Köln, Tel.: 02 21/809-61 97, Fax: 02 21/ 809-62 197, E-Mail: hendrika.breyer@lvr.de

Pflegestützpunkte. Der Regierungsentwurf zum Pflege-Weiterentwicklungsgesetz sieht die Schaffung von Pflegestützpunkten und den Rechtsanspruch auf Pflegeberatung vor. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge befürwortet diese Einrichtungen grundsätzlich als wichtige Instrumente für die betroffenen Menschen. Kri-

tisch aber sieht er die Entscheidung des Gesetzgebers, die Verantwortung für den Aufbau der Pflegestützpunkte den Pflegekassen zu übertragen. „In vielen Kommunen gibt es bereits Institutionen, die Beratungs- und Kooperationsaufgaben wahrnehmen,“ so Wilhelm Schmidt, Präsident des Deutschen Vereins. „Diese sollten Ausgangspunkt sein, um die Pflegestützpunkte qualitativ weiterzuentwickeln und, wo nötig, auf- und auszubauen.“ Der Aufbau von Pflegestützpunkten stehe im Zentrum kommunaler Zuständigkeiten. Daher müsse unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Regelungen die Verantwortung für ihre Koordination den Kommunen übertragen werden. *Quelle: dv aktuell vom Dezember 2007*

Saarländisches Internetportal „Migration und Gesundheit“. Das Portal „Migesaar“ ist seit September 2007 online und soll dazu beitragen, die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der Versorgung im Gesundheitswesen zu verbessern. Hierfür werden die Angebote derjenigen Gesundheitsdienste, von der allgemeinmedizinischen Praxis bis hin zur Suchtprävention, die über fremdsprachliche Kompetenzen oder über Dolmetscherdienste verfügen, in einer Datenbank gesammelt. Der Regionale Knoten Saarland hat seit Oktober 2007 die Pflege und Betreuung der Onlinedatenbank <http://www.migesaar.de/> übernommen. Die Datenbank ist ein Kooperationsprojekt des Ministeriums für Justiz, Gesundheit und Soziales, des Diakonischen Werkes und der Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e.V. Informationen unter <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/?id=Seite5028>. *Quelle: Newsletter „Gesundheit fördern“ vom Dezember 2007*

► Jugend und Familie

Keine Verschärfung des Jugendstrafrechts! Die durch die momentanen Wahlkämpfe motivierte Debatte um eine Verschärfung des Jugendstrafrechts entbehrt nach Meinung der Fachverbände AFET-Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. und Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ) jeglicher fachlichen Grundlage. Der Vorsitzende des DVJJ spricht sich vehement gegen die Forderungen nach Verschärfungen im Jugendstrafrecht aus. Der gegenwärtige Versuch, im Wahlkampf kriminalpolitische Leichen wiederzubeleben, erinnere mehr an Geisterbeschwörungsrituale denn an eine sachliche Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen. Ein Warnschussarrest sei eher ein Instrument zur Stabilisierung „krimineller Karrieren“, als dass er diese beende. Der Vorsitzende der AFET ist überzeugt, dass die gesetzlichen Instrumentarien zum Umgang mit straffälligen Jugendlichen ausreichend sind und vielseitige, fachlich fundierte Möglichkeiten bieten, um auf die Delinquenz Jugendlicher zu reagieren. Eine populistisch geführte Debatte um Warnschussarrest, die regelmäßige Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende oder die Forderung nach einer Erhöhung des Strafmaßes von zehn auf 15 Jahre sind aus Sicht der beiden Fachverbände nicht nur kontraproduktiv, sondern auch gefährlich. *Quelle: Presseerklärung Jugendstrafrecht vom 14. Januar 2008*

Internationale Adoption. Die Bundeszentralstelle für Auslandsadoption, die seit 1. Januar 2007, beim Bundesamt für Justiz angesiedelt ist, hat eine überarbeitete Fas-

sung der Broschüre zur internationalen Adoption (Stand Juli 2007) herausgegeben. Diese enthält Hinweise zum Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption sowie zum Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetz, zum Adoptionsvermittlungsgesetz und zum Adoptionswirkungsgesetz. Die 86-seitige Broschüre enthält auch eine Liste der Vertragsstaaten des Übereinkommens sowie verschiedene Adressenlisten. Sie ist im Internet auf den Seiten des Bundesamtes für Justiz unter www.bundesjustizamt.de beim Thema „Zivilrecht“ unter „Auslandsadoption“ abrufbar. *Quelle: Jugendhilfe Report Landschaftsverband Rheinland 4.2007*

Demokratiepotenziale im Gemeinwesen. Fach- und Praxisbuch. Hrsg. Stiftung Demokratische Jugend und Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Selbstverlag. Berlin 2007, 127 S., kostenfrei *DZI-D-8029* Dieser Band gibt einen Einblick in die aktuelle Diskussion über unterschiedliche Ansätze der Engagementförderung und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen. Die Beiträge umfassen die Themen der bundesweiten Fachtagung und Fortbildung „Demokratiepotenziale im Gemeinwesen“, die im Rahmen des Bundesaktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ im Mai 2006 in Berlin stattfand. Im Rahmen dieses Programms wurden seit 2001 bundesweit rund 4 500 Projekte, Initiativen sowie lokale und regionale Netzwerke zur Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens gefördert. Auf diese Weise entstanden modellhafte Überlegungen, den antidemokratischen und fremdenfeindlichen Tendenzen in Deutschland entgegenzuwirken. Bestelladresse: Stiftung Demokratische Jugend, Grünberger Straße 54, 10245 Berlin, Internet: www.jugendstiftung.org

Berliner Forum Gewaltprävention. Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2007, 224 S., kostenlos, *DZI-D-8050* Jungen, männliche Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund in Berlin werden überproportional häufig im Bereich von Rohheitsdelikten polizeilich registriert. Die vorliegende Publikation vermittelt einen Überblick über die Risikofaktoren im Zusammenhang mit dieser Gewaltdelinquenz sowie über die wesentlichen Bereiche, in denen Maßnahmen zu deren Reduzierung ergriffen werden können. Der Bericht analysiert die genannten Risikofaktoren im Hinblick auf die Themen Bildung, Ausbildung und Arbeit und beschreibt zudem die Einflüsse der Familienstrukturen, der familialen Gewalt, des Erziehungsstils und des religiösen Hintergrunds. Auch die Rolle von Missständen wie sozialräumliche Segregation und Alltagsdiskriminierung wird beleuchtet. Die Überlegungen werden durch eine Darstellung von Aggressivität im Kindesalter ergänzt. Im Anhang finden sich weitere Informationen zu den einzelnen Schwerpunkten des Berichts. Bestelladresse: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Tel.: (030) 90 27-29 13/-29 10, E-Mail: Manuela.Bohlemann@SenInnSport.Berlin.de

► Ausbildung und Beruf

Nur wenige arbeiten bis zum Ende des 65. Lebensjahres. Ende des Jahres 2004 waren nur rund 5 % aller 64-jährigen Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Bei den 64-jährigen Frauen lag die Beschäftigungsquote mit 3 % im Westen und 1 % im Osten sogar noch erheblich darunter. Wer die Regelaltersrente erreicht, ist demnach zumeist gar nicht mehr erwerbstätig, wie eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt. Bereits ab dem 55. Lebensjahr sinken die Beschäftigungsquoten, ab 60 Jahren sogar rapide. „Ein Ausscheiden vor dem 65. Lebensjahr ist immer noch die Regel. 64-Jährige stehen so gut wie nicht mehr im Erwerbsleben“, so die Autorin der Studie, Franziska Hirschenauer. Trotz der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung sind zwischen den Jahren 2000 und 2004 die Beschäftigungsquoten der Menschen über 60 gestiegen. Gleichzeitig ist aber auch die verdeckte Arbeitslosigkeit gewachsen. Jenseits der 60 ist kaum noch jemand als arbeitslos registriert. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 19. Dezember 2007*

Gewalt am Arbeitsplatz. Nach einer Studie der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist jeder zehnte Erwerbstätige in der Europäischen Union körperlicher oder psychischer Gewalt bei der Arbeit ausgesetzt. Besonders betroffen seien Beschäftigte in Betreuungs- und Pflegeberufen, so die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW). Angeschrien, bespuckt, geschlagen oder verbal bedroht zu werden, gehöre für viele Pflegekräfte zum beruflichen Alltag, sagt die Psychologin Annett Zeh von der BGW, bei der über 3 Mio. Beschäftigte aus Betreuungs- und Pflegeberufen gegen Arbeitsunfälle versichert sind; zu denen auch Folgeschäden durch verbale und körperliche Gewalt zählen. Jedes Jahr werden in über 4 000 Fällen Beschäftigte bei solchen Attacken durch verwirrte oder aggressive Menschen verletzt. Die BGW bietet den Leitungen von Einrichtungen und deren Mitarbeitenden Seminare für einen professionellen Umgang mit Gewalt und Aggression an. Außerdem besteht für die Versicherten die Möglichkeit, psychische Beeinträchtigungen durch Gespräche bei speziell ausgebildeten Psychotherapeuten aufzuarbeiten. *Quelle: LeitungsKompass der Deutschen VLAB 12.2007*

Reisekostenabrechnung geändert. Die Lohnsteuerrichtlinien für das Jahr 2008 verändern auch das Verfahren zur Anerkennung von Reisekosten als Werbungskosten. Diese Veränderungen betreffen sowohl Arbeitnehmende als auch Selbstständige. Übernachtungskosten müssen nunmehr nachgewiesen werden. Die bisherigen Regelung, dass ein darin enthaltene Frühstück abgezogen wird, bleibt bestehen. Allerdings werden jetzt 20 % der Verpflegungsmehraufwandspauschale (zurzeit 24,00 Euro) angesetzt (also 4,80 statt 4,50 Euro). Wenn Mittag- oder Abendessen in einer Hotelleistung (oder auch Tagungspauschale) mit eingeschlossen sind, mindert sich die Verpflegungspauschale um jeweils 40 %, also 9,60 Euro. Damit entfallen die bisher unterschiedlichen Sätze für Mittag- und Abendessen. *Quelle: DBSH-Newsletter 1.2008*

6.-8.3.2008 Heidelberg. Kongress: Kirchen gegen Armut und Ausgrenzung. Information: Diakoniewissenschaftliches Institut der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Karlstraße 16, 69117 Heidelberg, Tel.: 062 21/54 33 36, Internet: www.dwi.uni-heidelberg.de/diakonie-kirchen, E-Mail: anika.albert@dwi.uni-heidelberg.de

7.-9.3.2008 Meiringen, Schweiz. Verhaltenstherapie- und Meiringen 2008. Information: Privatklinik Meiringen, Postfach 612, CH-3860 Meiringen, Tel.: 0041/33/972 81 11, Internet: www.privatklinik-meiringen.ch, E-Mail: kommunikation@om-klinik.ch

13.-14.3.2008 Eichstätt. 3. Eichstätter Fachtagung Sozialinformatik. Information: Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Fakultät für Soziale Arbeit, Arbeitsstelle für Sozialinformatik, Ostenstraße 26, 85072 Eichstätt, Tel. 084 21/93-16 73, Internet: www.sozialinformatik.de, E-Mail: anita.breitner@ku-eichstaett.de

17.-18.4.2008 Bregenz/Bodensee. 1. Kongress Gesundheitspiazza. Informationen: Hochschule Ravensburg-Weingarten, Präsident Prof. Dr. Axel Olaf Kern, Internet: www.gesundheitspiazza.eu

18.-19.4.2008 Berlin. Veranstaltung: Frühförderung und vorschulische Bildung – eine gemeinsame Aufgabe für vorschulische Einrichtungen und Schule. Information: vds, Fachverband für Behindertenpädagogik, Landesverband Berlin, Internet: www.vds-on-berlin.de

21.-22.4.2008 Mainz. Seminar: Case Management Know-how für die Betreuungsarbeit. Information: Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/289 44-43, Internet: www.kfh-mainz.de/ifw, E-Mail: ifw@kfh-mainz.de

22.-25.4.2008 Augsburg. Fachwoche Wohnungslosenhilfe: Hilfen für Wohnungslose: Für wen? Wohin? Information: Tel.: 07 61/20 03 78, Internet: www.caritas.de/wohnungslosenhilfe

30.4.-3.5.2008 Bielefeld/Sennestadt. 68. Jahrestagung: Heilsbringer Familie? Familie zwischen gesellschaftlicher Inanspruchnahme und familiärem Eigensinn. Information: Gilde Soziale Arbeit e.V., Tagungsorganisation, Elke Grünberg, Palmaille 64, 22767 Hamburg, Tel.: 040/22 73 95 19, E-Mail: geschaeftsfuehrung@gilde-soziale-arbeit.de

11.-14.6.2008 Mannheim. 1. Deutscher Suchtkongress. Information: 1. Deutscher Suchtkongress, c/o AKM Congress Service GmbH, Postfach 20 20, 79555 Weil am Rhein, Tel.: 076 21/983 30, E-Mail: info@akmcongress.com